



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bayerns Agrarministerin warnt vor starrem Mindestlohn ohne Ausnahme – Deutschland braucht Ernte und eine sichere Lebensmittelversorgung

3. Juli 2025

(03. Juli 2025) München – Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mahnt eindringlich: Eine pauschal durchgesetzte Mindestlohnregel ohne spezifische Ausnahmen in der Landwirtschaft könnte das Aus für Teile der Nahrungsmittel-Produktion in Deutschland bedeuten. Sie reagierte damit auf einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. „Wir riskieren den Ausstieg heimischer Erzeuger und verlieren Teile unsere regionale Urproduktion“, warnte sie.

„Wir reden hier nicht von Fabriken, sondern von der hochwertigen Erzeugung unserer Lebensmittel“, so Kaniber leidenschaftlich. „Wenn wir Landwirte zwingen, Saisonkräfte zu Spitzenlohnsätzen im europäischen Vergleich zu beschäftigen, geben viele auf. Dann werden wir Gemüse und Obst noch mehr als bisher schon importieren müssen. Und das aus Ländern, die oft unter niedrigeren Standards produzieren. Das kann niemand wollen, weder aus sozialpolitischen Gründen noch unter Gesichtspunkten des Klimaschutzes und schon gar nicht mit Blick auf die Wertschöpfung in unseren Regionen.“ Aber selbst wenn die Betriebe die höheren Lohnkosten voll auf die Produkte umlegen könnten, würde das höhere Lebensmittelpreise bedeuten. „Die Verbraucher hatten in den letzten Jahren schon erhebliche Preissteigerungen bei Lebensmitteln zu verkraften. Es gibt genügend Menschen, die beim Einkauf jetzt schon den Euro zweimal umdrehen müssen. Auch darauf zu achten ist soziale Politik.“

Faire Löhne sind selbstverständlich. Doch besonders bei Spargel, Erdbeeren oder Gurken komme es auf eine abgestimmte Balance an. Kaniber stellt klar: „In Deutschland heben wir den Mindestlohn in zwei Stufen auf bis zu 14,60 Euro an – das liegt im EU-Spitzenniveau. In Rumänien liegt er hingegen bei etwa 4,87 Euro, in der Slowakei bei 4,69 Euro, in Bulgarien sogar nur bei 3,32 Euro. Wir zahlen Löhne, die deutlich über denen in vielen Herkunftsländern liegen. Da liegt die Abwanderung der Produktion doch auf der Hand.“ Es brauche flexible Regelungen, nicht gegen Mindestlohn, sondern für eine überlebensfähige Urproduktion in Bayern und Deutschland. Kaniber verdeutlicht: „Wir stemmen uns bereits gegen steigende Energiepreise, Bürokratie und Klimafolgen. Wenn wir jetzt bei Saisonkräften keinerlei Spielraum lassen, wird heimische Erzeugung für manchen bäuerlichen Familienbetrieb nicht mehr machbar sein.“

Sie appelliert an die Bundesregierung, Ausnahmen zu regeln: „Natürlich müssen Arbeitnehmer fair bezahlt werden. Aber Saisonkräfte leben in Ländern mit deutlich niedrigeren Lohnniveaus. Sie müssen mit ihrer kurzzeitigen Beschäftigung in Deutschland in der Regel nicht eine Familie zu deutschen Lebenshaltungskosten ernähren.“ Eine generelle Lohnuntergrenze ohne Flexibilität erzeuge Wettbewerbsverzerrung und schade damit der deutschen Ernährungssicherheit. „Politik muss Lebenswirklichkeiten regeln – nicht auf dem Papier, sondern in jedem Gurkenbeet, jeder Erdbeerreihe, jedem Spargelacker. Ich wünsche mir eine Lösung mit Augenmaß: fair für die Menschen – und tragfähig für unsere Landwirtschaft.“

Für bestimmte Branchen sind verfügbare und bezahlbare Saisonkräfte ganz entscheidend. Dazu gehören die Landwirtschaft, der Gartenbau und der Weinbau, vor allem die arbeitsintensiven Spezialkulturen im Obst- und Gemüsebau. Lohnkosten spielen eine große Rolle: Zum Beispiel im Spargelanbau machen die Lohnkosten rund 60 Prozent der gesamten variablen Erzeugungskosten aus.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

